



Dr. Johann Wadepuhl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Newsletter 13 vom 05.04.2019

70 Jahre NATO - Ein Bekenntnis zur transatlantischen Allianz

Am Donnerstag, den 04. April fanden in Washington D.C. die Feierlichkeiten zum 70-jährigen Jubiläum der Gründung der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) statt. Am 04. April 1949 unterzeichneten die zwölf Gründerstaaten, darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Dänemark im Washingtoner Mellon Auditorium den NATO-Gründungsvertrag. Die Bundesrepublik trat dem westlichen Militärbündnis sechs Jahre später, am 06. Mai 1955 bei. Bereits 1952 erfolgte der Beitritt Griechenlands und der Türkei. Über Jahrzehnte bestand die Kernaufgabe der NATO in der Verteidigung des Bündnisterritoriums und der Schaffung eines Gegengewichts zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt. Fachleute messen seit der völkerrechtswidrigen Annektierung der Krim durch Russland im Jahr 2014 der Bedeutung der Bündnisverteidigung eine neue Aktualität bei.

Meine Meinung

Einer für alle, alle für einen. Das ist die wahre Stärke der NATO. Mit dem 70. Geburtstag der NATO feiern wir die Gründung des mächtigsten Verteidigungsbündnisses in der Geschichte. Dank der NATO lebt Westeuropa seit 70 Jahren in Frieden und Freiheit. Das Bündnis gibt uns und unseren Partnern Sicherheit, vor allem durch das Beistandsversprechen nach Artikel 5. Jeder Bündnispartner hat sich beim Eintritt in die Allianz dazu bekannt. Wird ein NATO-Staat angegriffen wird der Angriff so bewertet, als würde die ganze Allianz angegriffen werden.

Durch den Schutz der NATO und ihre Stärke konnte Deutschland den Weg zur Wiedervereinigung in Freiheit beschreiten. Das Bündnis hat dazu beigetragen, dass sich Deutschland zu derjenigen Demokratie entwickeln konnte, in der wir heute leben. Kurz gesagt, Deutschland hat wie kein anderes Land von der NATO profitiert. Unser Land gilt politisch, ökonomisch und militärisch als der große Gewinner der NATO-Geschichte. Daraus erwächst auch Verpflichtung.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes hatten wir gehofft, dass wir in Zukunft in einer weitestgehend friedlichen Welt leben würden. Auslandseinsätze und Friedensmissionen galten als einzig wahrscheinliches Betätigungsfeld für deutsche Soldaten. Gefahren sah man im internationalen Terrorismus und in zerfallenden Staaten fernab von Europa. Vielen NATO-Staaten schien es möglich ihre Armeen zu verkleinern, Einsparungen

vorzunehmen und die Friedensdividende für andere Zwecke zu verwenden. Diese Zeiten sind mit der Annektierung der Krim 2014 und dem Krieg in der Ostukraine vorüber. Das Jahr 2014 hat uns zwei Dinge klar vor Augen geführt. Erstens, Sicherheit und Stabilität in Europa sind nicht selbstverständlich. Zweitens, die NATO muss zu ihrem Kerngeschäft zurückkommen, nämlich den Frieden in Freiheit in Europa zu sichern.


Damit kommt auf die NATO und Deutschland aber auch eine Herausforderung zu: die Frage der Lastenteilung. Die Herausforderung der Lastenteilung innerhalb der NATO ist alt. Die Position Deutschlands in der NATO im Jahr 2019 ist inzwischen aber eine andere als 1989. Deutschland ist mittlerweile der zweitgrößte Mitgliedsstaat in der NATO und tiefverwurzelt in einem vereinten Europa mit seinen liberalen freiheitlichen Werten. Im Vergleich zu 1989 haben Polen oder Großbritannien heute keine Sicherheitsbedenken mehr vor einem Deutschland, das umfangreich in eigenen militärischen Fähigkeiten investiert. Ganz im Gegenteil, es wird aktiv eingefordert.

Ich stimme daher der Aussage von NATO-Generalsekretär Stoltenberg zu. Er sagt, dass die Stärke der NATO auch davon abhängt, dass sie von ihren Mitgliedsstaaten als eine faire Allianz mit fairer Lastenverteilung wahrgenommen wird. Faire Lastenverteilung und angemessene, steigende Verteidigungsausgaben sind auch ein Zeichen der Bereitschaft in die notwendige Einheit der NATO zu investieren.

Dementsprechend muss Deutschland auch im Jahr 2019 eine starke Stütze der NATO sein. Das erwarten unsere Alliierten von uns. Es entspricht zugleich unseren eigenen Sicherheitsinteressen und sollte daher auch der unstrittige Anspruch an uns selbst sein. Der diese Woche verabschiedete gemeinsame Antrag der Regierungsfractionen macht deutlich, dass sich Regierungsfractionen genau diesem Anspruch bewusst sind und die Rolle Deutschlands im NATO-Bündnis stärken wollen. Unsere Beiträge in der Allianz und unser Engagement für das Bündnis müssen dem entsprechen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihr



Johann Wadephul